

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 114. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 17. Juni 2004

#### Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Uwe Schummer, Werner Lensing, Katherina Reiche, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Modernisierung der dualen Berufsausbildung in Deutschland durch Novellierung des Berufsbildungsrechts** (Drucksache 15/2821)

10344 D

in Verbindung mit

#### Zusatztagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Christoph Hartmann (Homburg), weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Reform des Berufsausbildungsrechts** (Drucksache 15/3325) .....

10345 A

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum dritten Mal binnen zweier Monate befassen wir uns heute mit der Berufsausbildung. Dieses Mal haben CDU und CSU die Vorlage mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der dualen Berufsausbildung gegeben. Ich möchte eine Binsenweisheit voranstellen: Man kann nur modernisieren, was es auch gibt. Das duale System der Berufsausbildung hat in der Bundesrepublik schwere Schwindsucht, weil immer weniger Unternehmen Ausbildung anbieten. Drei von vier Unternehmen in Deutschland bilden nicht aus und circa 200 000 Jugendliche erhalten keine betriebliche oder gar keine Ausbildung. Das ist übrigens der Hintergrund, warum die PDS der Ausbildungsumlage zugestimmt hat.

SPD und Grüne haben die Umlage versprochen. Wir haben sie hier vor wenigen Wochen debattiert und auch gemeinsam beschlossen. Nun aber wird Rot-Grün wortbrüchig. Die Umlage sei hinfällig, höre ich. Stattdessen gibt es nun einen Ausbildungspakt mit der Industrie.

(Jörg Tausch [SPD]: Das steht im Gesetz, Frau Kollegin!)

Selbst wenn diese Lehrstellen geschaffen werden, haben wir den 200 000, die auf der Strecke bleiben, damit noch keine Alternative geboten.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Mich erinnert das, was Sie im Moment hier aufführen, an ein bekanntes Sprichwort: „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach!“ Ihr Tausch, Pakt gegen Umlage, geht allerdings genau andersherum: Sie geben die Taube aus der Hand für einen immer noch flügelahmen Spatz.

30 000 Ausbildungsplätze sind in Aussicht gestellt. Wir alle wissen aber – der DGB hat es vorgerechnet –: Das reicht hinten und vorne nicht, um das vorhandene Lehrstellendefizit wirklich zu beheben. Hinzu kommt: Der Pakt ist ohne Gewähr. Wenn er überprüft wird, dann haben wir den nächsten Jahrgang enttäuschter Jugendlicher ohne Lehrstelle vor der Tür stehen. Deshalb wiederhole ich: Das **duale System** lässt sich nur modernisieren, wenn es von der Schwindsucht geheilt wird.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Genau dazu bedarf es einer Ausbildungsumlage. Da hilft auch kein Paktieren mit Sündern.

Gestern wurde ich hier in der Fragestunde des Bundestages auf meine Frage, was mit dem Umlagegesetz werde, von der Bundesregierung belehrt, das sei Sache des Parlaments. Daher möchte ich die Kolleginnen und Kollegen der Koalition fragen: Was tun Sie heute Nacht im Vermittlungsausschuss? Nehmen Sie das beschlossene Gesetz tatsächlich zurück, wie es im Pakt vereinbart ist? Legen Sie es auf Eis? Oder wollen Sie dieses Gesetz beschließen und es nicht anwenden, wenn der Pakt erfüllt wird, so wie es im Gesetz beschrieben ist? So viel Ehrlichkeit muss in der Politik schon herrschen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun zum Gegenstand der heutigen Debatte. CDU und CSU unterbreiten konkrete Vorschläge für eine bessere und moderne Berufsausbildung. Das ist gut. Auch wir fordern seit langem eine gründliche **Reform der Ausbildung**. Die PDS hat ihr Diskussionsangebot dazu aktuell in einer „Magdeburger Erklärung“ vorgelegt. Wir können uns durchaus mit einigen Vorstellungen der CDU/CSU anfreunden, etwa damit, dass Ausbildungsgänge als Module angeboten werden, dass Berufsabschlüsse international vergleichbar sein und anerkannt werden sollen oder dass erworbene Qualitäten in einem Ausbildungspass verbrieft werden sollen.

Wir können auch gern über eine andere Prüfungsordnung reden. Über eine bessere Koordinierung zwischen betrieblicher und schulischer Ausbildung müssen wir dringend reden. Überhaupt sollte doch unser gemeinsames Ziel sein, eine solide Ausbildung und damit faire Lebenschancen für Jugendliche zu schaffen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, bin ich dann allerdings auch bei den Differenzen zwischen uns als PDS und Ihrem Entwurf. Die Opposition zur Rechten möchte – das kommt auch in dem heute vorliegenden FDP-Entwurf zum Ausdruck – flinke Ausbildungsgänge zweiter und dritter Klasse zum halben Preis. Sie wollen die Ausbildungszeit verkürzen. Sie wollen Theorie aus den Programmen streichen. Sie wollen den Auszubildenden obendrein auch noch ans Geld. Einem solchen Bildungs- und Sozialabbau zulasten Jugendlicher, wie ihn die CDU/CSU hier vorschlägt, wird die PDS natürlich nicht zustimmen.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])